

TAGESSPIEGEL BACKGROUND

Digitalisierung & KI

Anhörung zur Gigabitstrategie: Reicht die Finanzierung?

Schnelleres Internet für alle und eine stabile Verbindung beim Telefonieren auch im Zug: Das sind Ziele der Gigabitstrategie der Bundesregierung. Ob das Mitte Juli veröffentlichte Papier auch halten kann, was es verspricht, diskutieren Experten bei einer Anhörung im Digitalausschuss des Bundestages.



von Elena Metz

veröffentlicht am 19.09.2022

Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard hat Bundesdigitalminister **Volker Wissing** (FDP) bei der Vorstellung der Gigabitstrategie Mitte Juli versprochen. **Bis 2030 soll Deutschland** demnach **flächendeckend mit Glasfaser versorgt** sein, bis Ende **2025** soll das zumindest für **die Hälfte der Haushalte** gelten. Das **heißt jedoch nicht, dass diese Haushalte tatsächlich Glasfaser haben** (Homes Connected), sondern dass sie die Möglichkeit haben, sich an die Infrastruktur anzuschließen (Homes Passed) (*Tagesspiegel Background* berichtete (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/warum-die->

gigabitziele-eine-mogelpackung-sind). Dies dürfte noch für **Diskussionen** sorgen, ob die in der Strategie angekündigten **Maßnahmen ausreichend** sind, um den Glasfaserausbau voranzubringen, sollen am heutigen Montag auch Expert:innen bei einer **Anhörung im Digitalausschuss** des Bundestages bewerten.

BNetzA: Frühzeitig mit Migration auf Glasfaser befassen

Darunter befindet sich auch **Klaus Müller**, Präsident der Bundesnetzagentur (BNetzA), der beim Ausbau der digitalen Infrastruktur eine entscheidende Rolle zukommt. Die Strategie schaffe einen „geeigneten und ganzheitlichen Rahmen, damit die Errichtung leistungsstarker digitaler Infrastrukturen in Deutschland – im Mobilfunk und Festnetz – noch weiter beschleunigt wird und hierfür alle Ausbaupotenziale gehoben werden“, heißt es in der Stellungnahme der BNetzA. Dazu sei etwa die Auferlegung von **Versorgungsauflagen ein geeignetes Mittel**. Potenziellen weiteren **Regulierungsbedarf** erkennt die Behörde **bei der Migration von Kupferleitungen auf Glasfaser**, bleibt in ihren Ausführungen dazu aber vage. So könne eine „frühzeitige Befassung“ mit dem Thema die Transparenz fördern und für die Marktteilnehmer „Anreize zur verstärkten freiwilligen Migration auf Glasfasernetze“ setzen, heißt es lediglich.

Begrüßt wird ferner die geplante **Fokussierung der Förderung auf Regionen, in denen sich der rein eigenwirtschaftliche Ausbau für die TK-Anbieter nicht lohnt**. Der private Ausbau und die „Kräfte des Marktes“ müssten stets Vorrang haben, Fördermaßnahmen dürften private Investitionen nicht verdrängen, betont die BNetzA. Vor diesem Hintergrund sei die **Potenzialanalyse ein gutes Instrument**, um die „Balance zwischen privatem und gefördertem Ausbau zu fördern“. Auch der Erschließung **alternativer Verlegemethoden** steht die Behörde positiv gegenüber und rät zu einer „**Standardisierung solcher Verfahren mit Hilfe von DIN-Gremien**“.

Auf die Frage, ob die in der Gigabitstrategie avisierten Maßnahmen, die

stabile Internetverbindungen in Zügen garantieren sollen, ausreichend seien, erwidert die BNetzA, dass sie grundsätzlich für eine bessere Versorgung geeignet seien. Allerdings bedürfe es auch der Mitwirkung „derjenigen Unternehmen oder Organisationen, welche die tatsächliche Organisationshoheit über die Verkehrswege und deren Einrichtungen haben“, um eine flächendeckende Internetverfügbarkeit entlang des Bahnnetzes zu garantieren.

Gerpott: Umsetzungswille fehlt

Auch **Torsten Gerpott**, Leiter des Lehrstuhls für Unternehmens- und Technologieplanung an der Universität Duisburg-Essen, **warnt** davor, **zu hohe Erwartungen beim Internetzugang im Bahnverkehr** zu wecken. Bei Hochgeschwindigkeitszügen sei eine dauerhafte Konnektivität etwa im Tunnel schwierig, denn der technische Aufwand dafür sei sehr hoch. Generell hält Gerpott die **Ziele der Gigabitstrategie** für **wenig ehrgeizig**. „Das ist **keine Revolution**, sondern bei Glasfaseranschlüssen eine Fortschreibung des Ausbautrends“, sagt er. Die **Maßnahmen** seien **alle nicht neu**, es **fehle an Umsetzungswillen**. „Seit Jahren werden Strategien geschrieben, der Bund sollte sich lieber mit den Ländern zusammensetzen und rasch die konkrete Finanzierung der Vorhaben sicherstellen“, empfiehlt er.

Unklarheiten bei der Finanzierung bemängelt auch **Klaus Ritgen**, Referent beim Deutschen **Landkreistag**. Eigenwirtschaftlicher und geförderter Ausbau müssten sinnvoll ineinander greifen, aber es dürften eben nicht Gebiete „mit der vagen Aussicht eines in unbestimmter Zukunft möglichen eigenwirtschaftlichen Ausbaus **vertröstet** werden“, mahnt er. **Potenzialanalysen** dürften darum, anders als in der Strategie geschrieben, weder eine unmittelbare noch mittelbare **Sperrwirkung** entfalten. Auch Gebiete, denen laut Analyse das Potenzial eines eigenwirtschaftlichen Ausbaus attestiert wird, sollten also unter den richtigen Bedingungen gefördert werden können, fordert Ritgen. Voraussetzung dafür seien

Fördermittel in ausreichendem Umfang. „Dazu enthält die Strategie bedauerlicherweise keine Aussagen“, kritisiert er.

Klare Kriterien für Überbau nötig

Dass die **Potenzialanalyse aus europarechtlicher Sicht** per se **keine formelle Sperrwirkung** im Hinblick auf Fördermaßnahmen habe, erklärt **Thomas Fetzer**, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Universität Mannheim, in seiner Stellungnahme. Denkbar sei allerdings, dass der Potenzialanalyse bundesrechtlich die Funktion zugewiesen wird, „solche Gebiete zu identifizieren, für die die europarechtlichen Voraussetzungen einer Förderung bejaht werden“. In diesem Fall könne die Potenzialanalyse materielle Sperrwirkung im Hinblick auf eine Bundesförderung entfalten, meint Fetzer.

Für eine erwägenswerte **regulatorische Flankierung** zur Gigabitstrategie hält der Jurist eine Evaluation des im Rahmen der TKG-Novelle 2021 in § 72 TKG eingeführten **Glasfaserbereitstellungsentsgeltes** sowie gegebenenfalls dessen Weiterentwicklung. „Hierbei könnte insbesondere überprüft werden, welche Auswirkungen die Kostendeckelung in § 72 Abs. 2 TKG hat und ob diese ggf. an die aktuelle Kostenentwicklung angepasst werden sollte, um die Effektivität des Glasfaserbereitstellungsentsgeltes zu verbessern.“

Auf die Frage, ob der **Überbau von Glasfasernetzen**, also der doppelte Ausbau durch mehrere Anbieter in bestimmten Regionen, ein Problem darstelle, antwortet Fetzer, dass Überbau grundsätzlich die Wettbewerbsintensität und -stabilität stärke und darum begrüßenswert sei. Gleichzeitig müsse aber verhindert werden, dass Markakteure gezielt ein vorhandenes Netz mit sehr hoher Kapazität überbauen, „mit dem alleinigen Ziel, den **Wettbewerb zu behindern**“. Es seien „klare und vorhersehbare Kriterien“ erforderlich, unter welchen Voraussetzungen ein Überbau unzulässig ist.

TK-Unternehmen sollen Daten liefern

Aus Landesperspektive betrachtet **Fedor Ruhose**, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes **Rheinland-Pfalz**, die Gigabitstrategie als „gute Grundlage“. In seiner Stellungnahme betont er, dass die **Potenzialanalyse** sich zu einem „**hilfreichen Werkzeug** für alle Beteiligten“ entwickeln könne, sofern die Ausbauplanungen der TK-Unternehmen „vollumfänglich“ Eingang darin finden. „Das erfolgreiche Ineinandergreifen von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau wird entscheidend von der 360-Grad-Sicht abhängen, die eine Potenzialanalyse liefern kann“, meint Ruhose. Entsprechend müssten die TK-Unternehmen Ausbau- und Planungsdaten „zeitnah und kontinuierlich“ für die Potenzialanalyse bereitstellen.

VKU: Idee der Voucher umsetzen

Zu einer etwas anderen Einschätzung kommt **Thomas Abel**, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), in seiner Stellungnahme. Die **Potenzialanalyse** könne man gut als „**unverbindlichen Kompass**“ gebrauchen, um die Fördermittelvergabe zu strukturieren. „Sofern Ineffizienzen auftauchen, sind diese aber möglichst zeitnah durch geeignete Maßnahmen auf politisch-administrativem Wege wie die Zurückstellung von Anträgen, die Ablehnung von Anträgen und stärkere Begrenzung der Fördermittel oder als sachlich begründete Ultima Ratio durch eine Verbindlichmachung der Potenzialanalyse zu korrigieren.“

Hinsichtlich der **Anwendung alternativer Verlegemethoden** spricht sich der VKU dafür aus, „im Vorhinein die Haftungsfrage für diejenigen Fälle möglichst unbürokratisch zu klären, in denen Kostenforderungen gegen mindertief ausbauende Telekommunikationsunternehmen nicht durchsetzbar sind“. Der Verband bringt vor diesem Hintergrund die **Einrichtung eines Fonds** ins Spiel.

Außerdem wird gefordert, dass bei Einzel- und Randlagen, die weder vom

eigenwirtschaftlichen noch geförderten Ausbau erfasst werden, der **Einsatz von Vouchern** in der Gigabitstrategie „über das Prüfungsstadium hinausführen“ müsse. Um Überbau zu verhindern, seien mehr Anreize für Kooperationen nötig, meint der VKU. Dafür müsse das **Open-Access-Prinzip** stärker verankert werden. Auch hinsichtlich der **Migration von Kupfer- auf Glasfasernetze** sei noch die „**Entwicklung eines strukturierten Prozesses**“ notwendig.

Mobilfunk: Genehmigungsverfahren reduzieren und beschleunigen

Mit Blick auf die Mobilfunkversorgung fehlt **Jürgen Grützner**, Geschäftsführer des Verbandes der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM), ein „industriepolitischer Gesamtblick“ auf Themen wie Ausbaukosten, Ausbauziele, IT-Sicherheit und Baurecht. „Ziel sollte sein, dass **mehr Geld in die Netze investiert** werden kann, dies ist **in der Gigabitstrategie nicht erkennbar**“, schreibt er in seiner Stellungnahme.

Auch künftig müsse der marktgetriebene Ausbau Vorrang haben. Die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) sollte sich auf die Administration des Förderprogramms beschränken. Wichtig für einen zügigeren Ausbau sei vor allem, dass es weniger Genehmigungsverfahren gebe und diese schneller und digitaler werden. *mit Maximilian Zech*

*Die Tagesordnung, Sachverständigenliste, deren Stellungnahmen und den Fragenkatalog zur Anhörung „Gigabitstrategie der Bundesregierung“ am 19.09.2022 finden Sie hier
(<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw38-pa-digitales-gigabit-strategie-905928>).*